

Haushaltsrede vom 12. 12. 2013

Anrede - Begrüßung

- **Sparen – sparen – sparen**
- **Es gibt keine Spielräume für gute Werke**
- **Nicht zu überbietendes gemeindefreundliches Verhalten**

Drei Aussagen zum neuen Haushaltsplan . Sie stammen allerdings nicht von mir sondern vom Fraktionsvorsitzenden der CDU bzw. dem Städteregionsrat.

Zur Aussage von Herrn Wolf kann man nur sagen: Schön wärs – aber warum machen Sie es dann nicht?

Und zu Ihnen, Herr Etschenberg: Im ersten Punkt bezüglich der Spielräume für gute Werke – Wohl wahr, was jedoch den zweiten Spruch betrifft, wird der von unseren Kommunen durchaus differenzierter gesehen.

Wäre das Verhalten der Städteregion gegenüber ihren Mitgliedsgemeinden wirklich so unüberbietbar freundlich, würden sie wohl kaum einhellig größere Sparanstrengungen, vor allem im Personalbereich, von uns verlangen. Die FDP-Fraktion hat das seit Gründung der Städteregion immer wieder vehement gefordert, aber leider haben sich die Mehrheit und die Verwaltung nie zu einem wirklich durchgreifenden Schritt entschließen können, was zu immer höherer Verschuldung und einer fast völligen Aufzehrung der Ausgleichsrücklage geführt hat.

Belief sich der langfristige Schuldenstand 2009 beim Start der Städteregion noch auf knapp 37 Millionen so stieg er bis heute auf knapp 47 Millionen und soll bis Ende 2014 auf rund 63 Millionen anwachsen. Hinzu kommen noch jeweils rund 50 Mio. an Überziehungs- bzw. Kassenkrediten. Stand am Montag dieser Woche: 52,9 Millionen! Von der ursprünglichen Ausgleichsrücklage von 45,5 Millionen werden Ende 2014 noch gerade mal 1,8 Millionen übrig bleiben. Dann ist Schluss mit lustig, denn

wir haben unsere Sachwerte bis unter die Pannen beliehen!

Neben einer Vielzahl unsinniger und unnötiger, aber vor allem wirkungsloser Sachausgaben, auf die ich noch zu sprechen komme, sind es in erster Linie die viel zu hohen Personalkosten, die uns in diese mehr als schwierige Lage gebracht haben. Die Mehrheit hat dieses Problem auch erkannt, springt aber mit ihrer Streichung von sechs Stellen wesentlich zu kurz.

Das sieht unter Anderem auch der Bürgermeister von Herzogenrath so, der in seiner Stellungnahme schreibt:

"Kritisch ist die Entwicklung der Personalkosten zu betrachten. Auch ohne die Bereiche Tageseinrichtungen für Kinder und Jobcenter steigen die Personalaufwendungen gegenüber dem Ergebnis 2012 um 7,37 % (4,0 Mio. €) und gegenüber dem Ansatz 2013 um 6,5 % (3,6 Mio. €)."

Diese Kritik der Kommunen kulminiert in der Aussage der besonders hart betroffenen Stadt Monschau. Sie schreibt zu dem ihr übersandten Haushaltsentwurf:

"Besonders kritisch bewertet die Stadt Monschau Ihre Ausführungen zu den Personal- und Versorgungsaufwendungen." Nach Wiederholung der schon von Herzogenrath genannten Eckpunkte schreibt sie weiter:

"Der Orientierungsdatenerlass des Innenministeriums sieht demgegenüber mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage der Kommunen lediglich eine Steigerung von 1 % vor. Für Gemeinden und Gemeindeverbände, die ihren Haushaltsausgleich nur durch einen Eigenkapitalverzehr erreichen können, kann es sogar erforderlich sein, unter der Steigerungsrate von einem Prozent zu bleiben. Vor diesem Hintergrund frieren Stärkungskommunen wie die Stadt Monschau ihren Personalbestand nicht nur ein, sie bauen ihn sogar ab. Dazu sind tiefgreifende Einschnitte in das Ausgabenspektrum erforderlich."

Und weiter heißt es in der Stellungnahme der Bürgermeisterin Margareta Ritter (CDU):

"Die Städteregion ist aufgefordert, ihre Personalbedarfsplanung ebenso auszurichten. Neue Aufgaben – wie sie im Eckpunktepapier benannt sind – müssen nicht zwangsläufig zu einem erhöhten Personalbedarf führen. Angesichts der Größe der Städteregionsverwaltung wäre m. E. vorrangig zu prüfen, welche Kompensationsmöglichkeiten innerhalb des vorhandenen Personalkörpers durch intensive Aufgaben- bzw. Aufgabenerledigungskritik geschaffen werden können. Hierzu trifft das Eckpunktepapier keine Aussage."

Hier trifft Frau Ritter den Nagel genau auf den Kopf! Immer wieder haben wir genau das von der Verwaltung gefordert – leider bisher ebenso immer erfolglos.

Völlig einig sind sich die Kommunen in ihrer Forderung, eine Erhöhung der LVR-Umlage nicht weiterzugeben, sondern durch Kostensenkungen im Haushalt der Städteregion auszugleichen. Auch wenn ich mich hier voll und ganz der Meinung der Verwaltung anschließe, dass man nicht nur Verbesserungen weitergeben, Verschlechterungen aber zu eigenen Lasten übernehmen soll, ist doch eines interessant:

Alle unsere Kommunen sind der Ansicht, dass die Städteregion diese Mehrbelastung in ihrem Haushalt auffangen kann!

Im übrigen war der Verwaltung bereits seit langem bekannt, dass sich die Umlage erhöhen würde, was im Interesse der Kommunen schon allein Anlass zu weiteren Sparbemühungen gewesen wäre.

Zu den Fakten:

Im Vorbericht der HH-Satzung sind auf Seite 46 die Vergleichszahlen für die Personalintensität genannt:

Durchschnitt NRW 13,2 % - Orientierungsrichtwert Gemeinde-Prüfungsanstalt 10-12 %

Anhand des Haushaltsansatzes erreicht der PI-Wert 2014 für die Städteregion 13,38 %.

Das bedeutet eine Überschreitung gegenüber dem Durchschnitt NRW um 1,2 Mio. €.

Gegenüber dem Maximalwert der GPA um sogar 9 Mio. €.

Rechnet man von 2010 bis 2014 so ergibt sich eine Gesamtüberschreitung von 24,6 Mio. € und bezogen auf den Maximalwert der GPA sind es stolze 61,4 Mio. €.

Hätten wir nur die Durchschnittswerte von NRW in diesen vier Jahren erreicht, unsere Rücklage wäre heute noch um fast 25 Millionen höher. Dabei ist dieser Richtwert für die Städteregion eigentlich zu hoch, denn wir müssten durch die immer wieder beschworenen Synergieeffekte eigentlich deutlich besser dastehen.

Dass ein verbessertes Wirtschaften möglich ist, hat die Verwaltung selbst bewiesen, denn im Verlauf gesehen haben sich diese Unterschiede deutlich verringert. So war der Unterschied im Vorjahr, bezogen auf NRW, noch dreimal und 2011 sogar sechsmal so hoch. Es wären also schon viel früher, wie immer von uns gefordert, viel höhere Einsparungen im Verwaltungsapparat möglich und dringend nötig gewesen!

Wir haben uns während der beiden Lesungen des Haushalts über diese Position mehrfach auseinandergesetzt und Herr Hartmann hat uns über Herrn Arno Hermes eine Gegendarstellung zukommen lassen.

- Hier wird gesagt, die Kennzahl NRW beruhe auf einem Haushaltsansatz und nicht auf einer Erhebung anhand von Rechnungsergebnissen. Mit Verlaub: Was ist daran falsch? Wir vergleichen diesen Ansatz doch auch mit einem Ansatz für 2014 und nicht mit der endgültigen Abrechnung.
- Der nächste Einwand bezieht sich auf die Kindertageseinrichtungen, die andere Kreise nicht über Personalaufwendungen sondern über Zuschüsse an freie Träger buchen würden. Das erklärt die Differenzen aber keineswegs. Die NKF-Kennzahlen sollen die Kommunen untereinander vergleichbar machen. Wenn jede Kommune glaubt, sich die Zahlen schön rechnen zu dürfen, haben die Vergleichszahlen keinen Wert. Die Problematik der Aufgabenwahrnehmung durch eigenes Personal ist durchaus bekannt. Deshalb empfiehlt das NKF-Kennzahlen-Handbuch sogar ausdrücklich die Betrachtung der Transferaufwandsquote, da dort solche Zuschüsse erfasst werden. Der Zusammenhang ist ganz einfach: In einem gesunden Haushalt korrespondiert eine höhere Personalintensität zu einer niedrigeren Transferaufwandsquote und umgekehrt. Denn: Wenn man mehr Aufgaben mit eigenem Personal erledigt, muss man weniger an andere Träger transferieren. So weit so gut, oder besser: schlecht, denn die Städteregion liegt in beiden Kennzahlen über dem Durchschnitt, bei der Transferaufwandsquote sogar ganze 15,2 % über dem NRW-Durchschnitt von 56,8 %

Fazit: Wir leisten uns nicht nur überdurchschnittlich viel Personal zur Erledigung unserer Aufgaben, sondern transferieren darüber hinaus noch weit über dem Durchschnitt an Dritte.

Unsere Kürzungsforderung von zwei Millionen € im Personalbereich ist somit nicht nur absolut angemessen, sondern in unserer jetzigen Situation auch das absolut Notwendige. Beherzigen Sie den Vorschlag der Monschauer Bürgermeisterin und liefern Sie zukünftig eine "intensive Aufgaben- und Aufgabenerledigungskritik" zum Stellenplan, dann sind auch wir in der Lage, statt globaler Kürzungsvorschläge solche, falls noch erforderlich, im präzisen Einzelfall zu machen.

Selbst wenn man die Thesen der Klimapäpste kritiklos akzeptiert um nicht als Ketzer gebrandmarkt zu werden, muss auch hier ein Blick auf die Kosten erlaubt sein:

Jahr für Jahr geben wir hunderttausende für Klimaschutz aus. Wir leisten uns eine Stabsstelle und Klimaschutzmanager, wir haben Geld für einen ausufernden

Maßnahmenkatalog mit bescheidener Wirkung bezahlt, und wir geben trotzdem immer noch neue Gutachten zum Thema Klimaschutz in Auftrag. Wir leisten uns einen völlig überflüssigen Unterausschuss, obwohl der eigentliche Umweltausschuss nicht einmal ausgelastet ist. Wir finanzieren mit den Steuern der Bürger grüne Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und subventionieren eine grüne Gutachten-Industrie. So viel zum Thema Klientelpolitik!

Wir fordern stattdessen eine Fokussierung auf gezielte Maßnahmen mit nachweisbarer Wirkung im Bereich der Gebäudesanierung und Gebäudeleittechnik.

Eine der größten Herausforderungen für die Kommunen in den kommenden Jahren ist die Umsetzung der Inklusion. Das ist nicht nur ein organisatorisches sondern vor allem auch ein finanzielles Problem, das primär unsere Mitgliedskommunen, allerdings auch die Städteregion direkt betrifft.

Auch wenn die Inklusion nicht isoliert auf den Schulbetrieb gesehen werden darf, haben wir in diesem Bereich die größten Probleme und Interessenkonflikte. Wir haben in unserer Region ein Netz hoch qualifizierter Förderschulen, deren Erhalt uns im Interesse der Kinder besonders am Herzen liegen muss. Ihr flächendeckender Erhalt wird sich jedoch kaum durchhalten lassen, wenn gleichzeitig die Eingliederung eines Großteils der betroffenen Schüler in den regulären Schulbetrieb finanziert werden muss. Die jüngsten Auseinandersetzungen haben uns drastisch vor Augen geführt, wo die Kampflinien verlaufen. Wenn die Regierungspräsidentin es für nötig hält, gestandene Schulleiter im Stil einer wilhelminisch-preußischen Oberpräsidentin zu disziplinieren, lässt das wenig Gutes erwarten. Ging es in diesem Fall um den schon heute bestehenden Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal, steht uns der Streit um das Bezahlen noch aus. Die Landesregierung hat zunächst einmal ein Gesetz erlassen, das es den Betroffenen ermöglicht, ihre berechtigten Ansprüche bei den Kommunen einzuklagen. Klare Ausführungsbestimmungen, welche die Konnexität – sprich die Zahlungspflicht des Landes, auslösen würden, fehlen dagegen bisher.

Für die FDP steht fest: Die Inklusion behinderter Menschen ist ein Menschenrecht. Die Finanzierung daher aber auch Pflicht der gesamten Gemeinschaft. Hier können sich Bund und Land nicht nur mit kleiner Münze beteiligen und die Hauptlast den Kommunen überlassen.

Positiv sind eine Reihe von Ausgaben für den Bildungsbereich zu sehen, die von der FDP ausdrücklich unterstützt werden. Das betrifft sowohl die Arbeit des Bildungsbüros, das sich zu einem starken Stück Städteregion entwickelt hat. Leider fehlt uns hier immer noch ein Ansatz für die von uns seit Jahren beantragten Sprachcamps, die eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Kinder bedeuten würden.

Wir müssen die grenzüberschreitende Berufsausbildung fördern. Die Zukunft unserer Grenzregion liegt in der grenzüberschreitenden Förderung des regionalen Arbeitsmarktes. Dazu gehört auch, dass zunächst Berufsschüler und auch Fachkräfte – hier wie dort – ausgebildet werden können und auch durch berufsbegleitende Praktika grenzüberschreitend ausgebildet werden. Hierzu haben wir gemeinsam mit der SPD einen konkreten Vorschlag unterbreitet. Dieser wurde jedoch abgelehnt. Damit haben unsere jugendlichen Auszubildenden immer noch das Problem, wie sie die Fahrtkosten ab der Grenze zu ihrem niederländischen oder belgischen Betrieb, in dem sie ein Praktikum machen, bezahlt bekommen. Schade, es ging nur um Fahrtkosten für jugendliche Berufseinsteiger, vertan ist damit eine gute Gelegenheit, ihnen

weitreichende Erfahrungen in sprachlicher und beruflicher Sicht zu ermöglichen, was ihre zukünftigen Chancen deutlich erhöht hätte.

Gleiches gilt für die Euregio Profilschulen. Auch hier wären Gelder gut angelegt um grenzüberschreitenden Schüleraustausch in den Grundschulen zu finanzieren. Das Geld wäre besonders gut angelegt um Europa in einer Grenzregion bereits im Kindesalter wirklich zu leben, aber: auch hier verweigert sich die Mehrheit!

Wir freuen uns dagegen über die jetzt solidarische Finanzierung des VABW und seiner vielfältigen Bildungsarbeit.

Für die Gesundheit der Bevölkerung zu sorgen ist sicher Pflicht jeder Politik. Ob dazu aber das Vorhalten kommunaler Krankenhäuser gehört ist heute nicht mehr verbindliche Regel. Jedes zweite deutsche Krankenhaus arbeitet inzwischen defizitär. Dass man Kliniken auch gewinnbringend führen kann, zeigen eine Reihe sehr erfolgreicher Gesellschaften. In unserer Region ist nicht zuletzt das jüngst privatisierte Krankenhaus in Simmerath dafür ein gutes Beispiel. Der immer wieder geäußerte Vorwurf des Rosinenpickens ist pure Ideologie und längst durch die Wirklichkeit widerlegt. Die FDP hätte auch für das MZ in Würselen eine solche Lösung bevorzugt. Wir erkennen aber an, dass es in der Bevölkerung noch immer Sorgen – ob berechtigt oder nicht – vor einer Privatisierung gibt. Die FDP wird daher diesem Projekt die Zustimmung nicht verweigern. Allerdings unter der Voraussetzung, dass eine uneingeschränkt positive Wirtschaftlichkeitsprognose durch die Gutachter bestätigt wird.

In einem wesentlichen Punkt haben wir eine nicht unbeträchtliche zusätzliche Investition in die IT - Service- und Infrastruktur beantragt. Wir sind in unserer Änderungsliste dem Vorschlag des zuständigen Amtes der Verwaltung sowie der Empfehlung der Gemeinde-Prüfungsanstalt gefolgt. Der Betrag in Höhe von rund 674.000 Euro sollte ehrlicherweise jetzt im Haushaltsansatz erscheinen und nicht später im Laufe des Jahres als überplanmäßige Ausgabe präsentiert werden.

Um was geht es?

Unserer Verwaltung fehlt ein zentrales IT-Management in dem Serviceleistungen sowie Hard- und Softwareeinsätze professionell von einer Stelle aus gehandelt werden. Heute werden Computerprobleme teilweise von nicht dazu ausgebildeten Mitarbeitern der jeweiligen Ämter oder sogar von Eltern der Schüler in den Berufskollegs behoben.

Ob der vom A 10 errechnete Betrag am Ende wirklich benötigt wird, oder die Kosten durch Rationalisierungs- und Synergieeffekte deutlich niedriger ausfallen, kann man jetzt noch nicht sicher sagen. Es spricht allerdings einiges dafür.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein Wort zu unseren überregionalen Aktivitäten, die für unsere gesamte Region in Zukunft stetig an Bedeutung gewinnen werden. Geschieht dies nicht wird im Gegenzug die Bedeutung der Region nachlassen.

Begonnen haben diese Aktivitäten – das sollten wir nicht vergessen – mit der Gründung der Städteregion 2009. Gleichzeitig erfolgte die offiziell verkündete Absicht zur Gründung eines EVTZ. Aus diesem Projekt wurde dann schlussendlich die AG Charlemagne.

Die FDP bekennt sich ausdrücklich zu dieser Zusammenarbeit und ist auch von Fall zu Fall bereit über die jetzt im Haushalt vorgesehenen – aber von der Mehrheit gesperrten – Mittel hinaus, projektabhängig zusätzliches Geld auszugeben. Dies umso mehr, als der Output der Euregio Maas-Rhein nicht zu Jubelstürmen Anlass gibt. Ähnliches gilt bisher

auch für die Innovationsregion Rheinisches Revier. Hier sollten unsere Interessen durch den Zweckverband vertreten werden.

Mit der Gründung des Zweckverbands ist nach Meinung aller ein bedeutender Schritt in die Zukunft getan worden, sowohl strukturell wie politisch. Es war der gemeinsame Wille in allen Kreistagen und dem Rat der Stadt Aachen, dass zukünftig der Zweckverband Region Aachen mit starker Stimme über die regionalen Belange entscheiden sollte. Wir stimmen der Gründung einer neuen Institution für das IRR-Gebiet aber nur zu, wenn der Zweckverband seine satzungsgemäßen Aufgaben hierin weiter erfüllen kann und das politische Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung gewahrt bleibt.

Neben diesen institutionellen Initiativen unterstützt die FDP auch ausdrücklich alle Bemühungen des Städteregionsrates auf sozusagen bilateralem Wege die Zusammenarbeit mit dem Kreis Düren weiter zu vertiefen.

Herr Etschenberg, im Namen der FDP-Fraktion möchte ich Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Verwaltung dafür danken, dass es Ihnen gelungen ist, die der Städteregion zugrundeliegende Idee im abgelaufenen Jahr ein gutes Stück voran gebracht zu haben. Sie sollten jedoch die Chance energisch ergreifen, eine wirkliche grenzüberschreitende Wirtschafts-, Ausbildungs- und Wissensregion zum Wohle aller zehn Kommunen weiter zu entwickeln. Dazu gehört auch ein maßvoller Haushalt, der den Kommunen ausreichend Luft zum atmen lässt.

Der jüngst verstorbene frühere Oberbürgermeister von Stuttgart und Aachener Ordensritter Manfred Rommel hat das Sparen auf schwäbische Art beschrieben:

"Wenn sie 500 Mark in de Kass hänt und gäbet 500 Mark aus, ist das net spare sondern Vernunft.

Wenn sie aber 500 Mark in de Kass hänt und gäbet 1000 Mark aus, müsset se ärscht wieder 500 Mark oinnahme bis se nix mehr in de Kass hänt."

Das ist eine ziemlich genaue Beschreibung unserer Situation – deshalb lehnen wir den Haushalt ab.